

Fakten und Argumente



HAMBURG HAT DEN WECHSEL GEWÄHLT

CDU-Wahlziel erreicht: Rot-Grün wird abgelöst

„Ole von Beust soll nach dem Willen der Hamburger Erster Bürgermeister der Hansestadt werden.“

Mit diesem Satz hat die Parteivorsitzende nach Beratungen im Bundesvorstand auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Spitzenkandidaten das Ergebnis der Hamburger Bürgerstiftungswahlen am 23. September beschrieben.

Einen „historischen Einschnitt“ nannte Angela Merkel den Wechsel nach 44 Jahren SPD-geführter Stadtregierungen zu einer bürgerlichen Mehrheit aus CDU, FDP und der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ und teilte mit: „Der Bundesvorstand wünscht Ole von Beust Erfolg bei den Verhandlungen über die neue Koalition.“

(Siehe Seite 2 bis 6)

INHALT

HAMBURG-WAHL

Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 23. September. Vorläufiges amtliches Endergebnis.

Mit den Ergebnissen in den Stadtbezirken.

SEITE 4 – 6

DOKUMENTATION

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, in der Bundestagsdebatte am 26. September

INNENTEIL

ANGELA MERKEL:

Wir hätten uns ein besseres Ergebnis gewünscht, aber es zählt der **Wechsel**

■ Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten. Antrag und Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 7) ■ Annette Widmann-Mauz: „Einstiegsgehalt“ hilft Frauen aus der Sozialhilfe (Seite 9) ■ Martina Krogmann zu neuesten Studien zur Internetnutzung: Spaltung in „User“ und „Loser“ bekämpfen (Seite 10) ■ Hansjürgen Doss: Lohnnebenkosten steigen weiter (Seite 11) ■ Gerhard Friedrich und Thomas Rachel: Bulmahns Dienstrechtsreform wird von den Experten abgelehnt (Seite 12) ■ Katherina Reiche: Wir brauchen ein Gesamtkonzept in der Bio- und Gentechnologie (Seite 14) ■ „Bürger machen Staat“. Spannendes Finish um CDU-Bürgerpreis (Seite 16) ■ Armin Laschet MdEP: Spitzenkräfte für den Senior Experten Service gewinnen (Seite 17) ■ Frank Steffel: Mehr Sicherheit in Berlin nur mit einer starken CDU (Seite 18)

Kein Verständnis hat die Parteivorsitzende für Versuche der Hamburger SPD, die Initiative zur Bildung eines neuen Senats zu ergreifen – trotz der für das alte Bündnis deutlichen Niederlage.

Angela Merkel: „Die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt haben das nicht gewollt. Die Verteilung der Mandate ist eindeutig. Und: Es gab vor der Wahl klare Koalitionsaussagen, die jetzt eingehalten werden.“ Dem Bundeskanzler stehe ein schweres Jahr bevor.

Ole von Beust: Das Wahlergebnis ist die solide Grundlage für eine neue Politik

Die sichere Mehrheit von 7 Stimmen in der Hambur-

ger Bürgerschaft – aus den Mandaten von CDU, FDP und denen der „Schill-Partei“ – ist für Ole von Beust eine tragfähige Grundlage für eine neue Politik in Hamburg: Innere Sicherheit, Verkehr, Wirtschaft und Hochschulpolitik werden deren Schwerpunkte sein und die Merkmale des inhaltlichen „Wechsels“, der jetzt in Hamburg stattfindet.

Alle Versuche des bisherigen Bürgermeisters Runde, daran noch etwas zu ändern, seien ohne Aussicht. Wie der Bundesvorstand der CDU in Berlin grünes Licht für die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Hamburg gegeben habe, werde auch der CDU-Landesvorstand mit Dirk Fischer an der Spitze ihn beauftragen, das vor der Wahl gegebene Versprechen so schnell wie möglich einzulösen.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Wir haben neue **Bewegungsspielräume** gewonnen

Die SPD hat die Tragweite des Wahlausgangs in Hamburg erkannt: Sie hat sich nach 44-Regierungsjahren isoliert. Die Reaktion von SPD-Generalsekretär Müntefering auf die Ankündigung der CDU, Koalitionsgespräche mit der FDP und der Schill-Partei zu führen, wirkt in diesem Zusammenhang als Bumerang.

Wer gemeinsam mit den Postkommunisten der PDS in Berlin den Regierenden Bürgermeister stürzt, hat die Mitte verlassen und jede Glaubwürdigkeit verspielt.

Die SPD wird zur Kenntnis nehmen müssen, was die Wählerinnen und Wähler in Hamburg gewollt haben: Wechsel und weg mit dem Filz. Das bürgerlicher Lager hat die Mehrheit und den Wählerauftrag zur Regierungsbildung erhalten.

Die Hamburg-Wahl hat uns den Spielraum gebracht, der es Ole von Beust ermöglicht, einen neuen Senat zu bilden. Die CDU ist nicht stärkste Partei, hat aber die Initiative zur Regierungsbildung gewonnen. Oft war es genau umgekehrt: stärkste

Fraktion ohne Partner mit dem notwendigen Stimmenanteil. So hat z.B. die SPD im Bund regiert, obwohl von 1969 bis 1972 und von 1976 bis 1982 die CDU bei den Wahlen auf Platz eins gelegen hat.

Diese Rolle spielt seit dem 23. September die SPD, die sich mit den fast halbierten Grünen in einer Falle wieder findet. Ihr ehemaliger Koalitionspartner in Hamburg und Noch-Partner im Bund hat die 16. Wahl in Folge verloren.

Müntefering bleibt nichts anderes übrig, als die FDP an

ihre Verantwortung für die künftige Regierung in Hamburg zu erinnern. Noch-Bürgermeister Runde und sein Innensenator reklamieren, ohne selbst an den Erfolg zu glauben, den Auftrag der Regierungsbildung für die SPD und bieten selbst der CDU Verhandlungen an.

Ungeachtet dessen findet der Regierungswechsel in Hamburg statt. Die CDU hat in der Hansestadt neue Bewegungsspielräume gewonnen. Es gilt sie zu nutzen, um das rot-grüne Bündnis und dessen verhängnisvolle Politik endlich abzulösen.

Wählerwanderung nach Infratest dimap

■ Die rund 165.000 Wähler der Schill-Partei setzen sich aus ehemaligen Wählern der beiden großen Parteien, Nichtwählern und Wählern zusammen, die ihre Stimme vor vier Jahren rechten Parteien gegeben haben: 37.000 ehemalige CDU- und 36.000 SPD-Wähler. Die Schill-Partei ist auch Sammelbecken abgewanderter Wähler von DVU und REP: 22.000. ■ Die FDP konnte mit einem Plus von 15.000 Stimmen knapp die 5-Prozenthürde überwinden. Sie erzielte Gewinne von allen Parteien, insbesondere von der CDU (plus 4.000). ■ Der größte Verlierer ist die GAL: Sie hat fast 40 Prozent ihrer Wähler von 1997 verloren. Der größte Teil ist zum Koalitionspartner SPD gewandert (minus 22.000). ■ Die Verluste der CDU konnten nur zum Teil durch Zugewinne ehemaliger Wähler der STATT-Partei (plus 8.000), rechter und anderer Parteien ausgeglichen werden.

Die **Wahl** zur Hamburger Bürgerschaft am 23. September

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	<u>Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2001</u>		<u>Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 1997</u>		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	1.208.478		1.211.288		
Wahlbeteiligung	857.852	71,0	831.913	68,7	+2,3
gültige Stimmen	850.311		822.931		

SPD	310.338	36,5	298.218	36,2	+0,3
CDU	222.890	26,2	252.354	30,7	-4,5
Schill	165.118	19,4			+19,4
Bündnis 90/Die Grünen	72.655	8,5	114.776	13,9	-5,4
FDP	43.196	5,1	28.664	3,5	+1,6
Regenbogen	14.190	1,7			+1,7
DVU	6.043	0,7	40.957	4,9	-4,2
STATT Partei	3.504	0,4	31.401	3,8	-3,4
PDS	3.297	0,4	5.354	0,7	-0,3
Die Grauen - Graue Panther	2.087	0,2	6.033	0,7	-0,5
Initiative Pro D-Mark	1.525	0,2			+0,2
Republikaner	574	0,1	15.207	1,8	-1,7
Sonstige	4.894	0,6	29.967	3,6	-3,0

Mandatsverteilung

	<u>Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2001</u>	<u>Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 1997</u>	Differenz
SPD	46	54	-8
CDU	33	46	-13
Schill	25		+25
Bündnis 90/Die Grünen	11	21	-10
FDP	6		+6
Summe	121	121	0

Ergebnisse in den Stadtbezirken

	Wahlbet.	SPD	CDU	Schill	Grüne	FDP	Sonst	
Altona								
BÜHH01	72,6	34,4	26,2	16,2	11,5	6,4	5,3	
BÜHH97	70,1	32,5	31,9	0,0	16,6	4,3	14,6	
Differenz		+1,9	-5,7	+16,2	-5,1	+2,1	-9,3	
BVHH01		31,4	27,2	15,7	13,4	5,5	6,8	
BVHH97	67,9	31,0	32,7	0,0	20,8	4,3	11,3	
Differenz		+0,4	-5,5	+15,7	-7,4	+1,2	-4,5	
EW99	40,5	32,1	41,5	0,0	14,6	4,0	7,8	
BW98	Z	82,1	41,1	30,5	0,0	13,8	7,5	7,1
Bergedorf								
BÜHH01	70,1	36,6	29,0	21,1	5,8	3,9	3,6	
BÜHH97	69,4	36,8	32,5	0,0	10,8	2,9	16,9	
Differenz		-0,2	-3,5	+21,1	-5,0	+1,0	-13,3	
BVHH01		35,8	30,7	18,8	6,8	3,4	4,5	
BVHH97	68,7	36,0	33,2	0,0	13,3	2,9	14,7	
Differenz		-0,2	-2,5	+18,8	-6,5	+0,5	-10,2	
EW99	34,9	40,0	41,7	0,0	9,0	2,7	6,8	
BW98	Z	81,7	47,2	33,3	0,0	7,6	5,3	6,6
Eimsbüttel								
BÜHH01	73,8	37,0	25,2	16,9	11,1	5,4	4,3	
BÜHH97	70,0	35,1	29,4	0,0	17,9	3,8	13,9	
Differenz		+1,9	-4,2	+16,9	-6,8	+1,6	-9,6	
BVHH01		33,6	26,1	15,8	13,8	4,9	5,9	
BVHH97	67,8	32,6	29,3	0,0	21,5	3,8	12,8	
Differenz		+1,0	-3,2	+15,8	-7,7	+1,1	-6,9	
EW99	38,7	35,7	37,4	0,0	15,4	3,6	7,9	
BW98	Z	82,7	43,8	28,5	0,0	14,1	7,0	6,5
Harburg								
BÜHH01	67,6	34,9	25,2	27,4	5,0	3,7	3,8	
BÜHH97	66,6	38,1	31,5	0,0	9,6	2,5	18,4	
Differenz		-3,2	-6,3	+27,4	-4,6	+1,2	-14,6	
BVHH01		34,1	25,2	26,8	5,9	3,4	4,5	
BVHH97	64,8	37,6	30,8	0,0	11,9	2,5	17,2	
Differenz		-3,5	-5,6	+26,8	-6,0	+0,9	-12,7	
EW99	33,4	41,9	41,2	0,0	7,7	2,4	7,0	
BW98	Z	79,1	49,8	31,3	0,0	6,6	4,7	7,7

	Wahlbet.	SPD	CDU	Schill	Grüne	FDP	Sonst	
Mitte								
BÜHH01		63,9	39,2	21,1	21,9	8,8	3,0	5,9
BÜHH97		61,9	40,2	24,6	0,0	13,5	2,2	19,4
Differenz			-1,0	-3,5	+21,9	-4,7	+0,8	-13,5
BVHH01			36,8	20,8	21,7	10,2	2,9	7,5
BVHH97		59,3	38,9	24,6	0,0	16,6	2,3	17,6
Differenz			-2,1	-3,8	+21,7	-6,4	+0,6	-10,1
EW99		29,5	42,6	33,6	0,0	11,5	2,1	10,1
BW98	Z	75,2	50,9	24,4	0,0	10,7	4,2	9,9
Nord								
BÜHH01		71,1	39,1	24,9	15,9	10,6	5,4	4,1
BÜHH97		68,4	37,2	28,1	0,0	17,4	3,7	13,8
Differenz			+1,9	-3,2	+15,9	-6,8	+1,7	-9,7
BVHH01			36,3	25,5	15,0	13,1	5,0	5,0
BVHH97		65,6	35,1	28,0	0,0	21,5	3,6	11,9
Differenz			+1,2	-2,5	+15,0	-8,4	+1,4	-6,9
EW99		37,7	37,2	36,9	0,0	14,8	3,7	7,5
BW98	Z	80,4	45,9	27,5	0,0	13,3	6,7	6,6
Wandsbek								
BÜHH01		73,4	35,1	29,5	20,4	6,0	5,6	3,4
BÜHH97		71,5	35,7	34,3	0,0	10,6	3,8	15,6
Differenz			-0,6	-4,8	+20,4	-4,6	+1,8	-12,2
BVHH01			33,5	30,9	19,1	7,5	4,8	4,2
BVHH97		70,6	34,5	34,8	0,0	13,4	3,8	13,5
Differenz			-1,0	-3,9	+19,1	-5,9	+1,0	-9,3
EW99		39,2	36,5	45,0	0,0	9,0	3,6	5,9
BW98	Z	83,7	45,0	33,3	0,0	7,9	7,4	6,4

Die Abkürzungen bedeuten:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
FDP	Freie Demokratische Partei
Graue	DIE GRAUEN - Graue Panther
Grüne	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pro DM	Initiative Pro D-Mark - neue liberale Partei
Regenbogen	Regenbogen - Für eine neue Linke
REP	DIE REPUBLIKANER
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Statt	STATT Partei

INITIATIVE:

Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Regierung auf, zur Belebung der Wirtschaft und für mehr Wachstum und Beschäftigung folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Bundesweite und flächendeckende Einführung von Kombilöhnen

Die im Niedriglohnsektor brachliegenden Beschäftigungspotentiale müssen aktiviert werden. Damit kann es gelingen, gerade Menschen mit geringer Qualifikation eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Nur halbherzig durchgeführte Modellprojekte versprechen keinen Erfolg und führen in die Sackgasse. Notwendig ist die bundesweite und flächendeckende Einführung befristeter finanzieller Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich. Hierzu gehören:

- das von der Union entwickelte Konzept des Kombilohns, nach dem

für Arbeitslose, die eine niedrig entlohnte Beschäftigung aufnehmen, das Einkommen aufgestockt wird,

- eine verringerte Einkommensanrechnung auf die Sozialhilfe bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und
- die degressive Zuschussung von Sozialversicherungsbeiträgen an Bezieher von Niedriglöhnen.

2. Bessere Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Arbeitslosigkeit kann abgebaut und Beschäftigung aufgebaut werden, wenn

- Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe effektiver gestaltet werden und
- das Leben mit Arbeit und mit selbstverdientem Geld attraktiver gemacht wird.

Zur Erreichung dieses Zieles werden die Behörden verpflichtet, jeden Hilfesuchenden von Beginn an zu

beraten und zu betreuen und jeden arbeitsfähigen Hilfeempfänger Arbeits- oder Ausbildungsangebote zu unterbreiten. Der volle Anspruch auf staatliche Unterstützung ist daran geknüpft, dass der Hilfesuchende das Arbeits- oder Ausbildungsangebot annimmt. Lehnt der Hilfesuchende eine angebotene Hilfe oder ein Arbeitsplatzangebot ohne triftigen Grund (z.B. Krankheit oder Kinderbetreuung) ab, verliert er den Anspruch auf die Unterstützungsleistung, es tritt also eine Umkehrung der geltenden Beweislast ein.

3. Arbeitsmarktpolitik wirksamer gestalten

Deutschland braucht eine grundlegende Reform der Arbeitsmarktpolitik, damit die zur Verfügung stehenden Finanzmittel effektiv und zielgerichtet im Sinne der Betroffenen eingesetzt werden. Die von der Bundesregierung vorgenommene Abwälzung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben auf die Solidargemeinschaft der Betragzah-

ler war und ist der falsche Weg. Das Defizit bei der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 3,7 Mrd. DM im ersten Halbjahr 2001 ist Beleg hierfür. Die Belastung der Beitragszahler mit den Kosten für

- das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- das Langzeitarbeitslosenprogramm und
- die Strukturanpassungsmaßnahmen

ist wieder rückgängig zu machen und, wo sie effizient ist, über den Bundeshaushalt zu finanzieren.

Der vornehmliche Zweck arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen liegt in der Eingliederung der Arbeitslosen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gestrafft, entsprechend ihrer Wirksamkeit angepasst oder abgeschafft werden. Als erster Schritt ist

- eine Mittelumschichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) in Eingliederungszuschüsse bzw. Kombilohnmodelle, Einstiegsgelder

oder die Bezuschussung von Sozialversicherungsbeiträgen vorzunehmen (siehe Punkt 1) und

- eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen festzuschreiben.

4. Vermittlung intensivieren – Sanktionen konsequent anwenden

Neben einer effizient organisierten Arbeitsvermittlung unter Beteiligung Dritter ist die zügige Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt davon abhängig, dass verstärkte Anreize zur Arbeitsaufnahme bestehen. Zur Erreichung dieses Zieles müssen die individuellen Beschäftigungschancen des einzelnen Arbeitslosen durch einen auf seine Person und seine Fähigkeiten abgestellten Eingliederungsplan gestärkt werden.

Neben den Arbeitsangeboten der Arbeitsverwaltung sind verstärkte Eigenbemühungen des Arbeitssuchenden Voraussetzung für dessen schnelle Vermittlung in Arbeit. Daher wird die Annahme einer angebotenen Beschäftigung oder Qualifizierungsmaßnahme zur Anspruchsvorausset-

zung für soziale Leistungen; es tritt also auch hier eine Umkehrung der bisherigen Beweislast ein. Darüber hinaus sind

- die dreimonatige Meldepflicht wieder einzuführen und
- Sanktionen bei Nichterfüllung des Eingliederungsplanes festzuschreiben.

5. Beitragssatz senken

Der Bundesregierung ist es nicht gelungen, den Gesamtsozialversicherungsbeitrag unter die angekündigte Grenze von 40% zu senken. Mit den genannten Maßnahmen ist die längst überfällige Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um 1 %-Punkt möglich. Sie muss in zwei Stufen zu je 0,5 %-Punkten zum 1. Januar 2002 und zum 1. Januar 2003 erfolgen. Dadurch werden die finanzielle Handlungsfreiheit der Beschäftigten und der Unternehmen gestärkt, Nachfrageimpulse angeregt und die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung nachhaltig verbessert.

[http://](http://www.cducsu.bundestag.de)

Weitere Informationen über den Antrag: www.cducsu.bundestag.de

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Einstiegs geld hilft Frauen aus der Sozialhilfe

Zu den erfolgreichen Praxistests des Modells „Einstiegs geld“ für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Baden-Württemberg erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Union zeigt der Bundesregierung mit dem Sofort-Programm für den Arbeitsmarkt den Weg aus der vermeintlichen Sackgasse „Sozialhilfe“.

Die Kompetenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik ist in der letzten Woche durch die ersten Ergebnisse des Modells „Einstiegs geld“ durch die CDU-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg wieder einmal bestätigt worden:

Im Sofort-Programm für den Arbeitsmarkt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein Einstiegs geld für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger vorgesehen, das mittels verringerter Einkommensanrechnung auf die Sozialhilfe zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit motivieren soll.



Die ersten Erfahrungen der Landesregierung Baden-Württemberg mit dem Modell „Einstiegs geld“ sind vielversprechend. Nach nur 15 Monaten Laufzeit konnte Landessozialminister Repnik in der letzten Woche ein beachtliches Zwischenergebnis aus acht Modellkreisen bekanntgeben: 496 langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger haben eine Beschäftigung aufgenommen, davon waren 77 Prozent Frauen und 58 Prozent Alleinerziehende.

Damit ist klar: Das Einstiegs geld ist ein effizienter Schritt, um Frauen dauerhaft aus der Sozialhilfe zu holen.

Das Sofort-Programm für den Arbeitsmarkt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht ebenso wie das baden-württembergische Einstiegs geld vor, dass

langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern, die auf eigene Initiative eine Erwerbstätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt aufnehmen, befristet auf ein Jahr bis zur Hälfte des Hinzuverdienstes nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Nach dem Bundessozialhilfegesetz ist das bei der Berechnung der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt anrechnungsfreie Erwerbseinkommen auf monatlich 280 Mark (in Sonderfällen bis 375 Mark) begrenzt. Jede darüber hinaus verdiente Mark wird voll von der Sozialhilfe abgezogen, d.h. dass bislang schlicht der Anreiz für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger fehlt, auch einen Arbeitsplatz anzunehmen, der zwar mit einem relativ niedrigen Einkommen verknüpft ist, aber dennoch die Möglichkeit zu einem beruflichen Wiedereinstieg bietet.

Gerade für Frauen ist diese Arbeitsmarktpolitik der Union Ansporn und Chance zugleich. Denn vor allem alleinerziehende Frauen sind in den ersten Lebensjahren eines Kindes schnell auf staat-

MARIA EICHHORN:

Der Jugend eine Chance

Anlässlich der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestags erklärte die jugendpolitische Sprecherin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Junge Menschen sind es, die morgen unser Land gestalten sollen. Die Jugend ist von vielen politischen Entscheidungen mitbetroffen. Wir müssen ihr daher schon heute Möglichkeiten und Anreize schaffen, sich aktiv in der Politik zu engagieren und sich mit ihr auseinander zu setzen.

Mit den neuen Entscheidungen gestalten wir die Herausforderungen, denen die Jugend sich später zu stellen hat.

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt, die Globalisierung und demographische Entwicklungen wirken sich direkt auf die Jugend aus.

Oft ist von der Politikverdrossenheit der jungen Generation die Rede. Hier kommt gerade der kommunalen Ebene besondere Verantwortung zu. Vor Ort müssen Jugendliche die Chance

haben, sich einzumischen und aktiv Aufgaben zu übernehmen. Es gibt bereits viele Formen, in denen sich eine sinnvolle Beteiligung verwirklichen lässt: ■ Jugendparlamente ■ Jugendgemeinderäte ■ Jugendforen ■ Jugendorganisationen von Parteien.

Den Jugendlichen müssen hier reelle Chancen gegeben werden, ihre Forderungen auch umzusetzen.

MARTINA KROGMANN:

Spaltung in „User“ und „Loser“ bekämpfen

Zu neuesten Studien und Erhebungen zur Internetnutzung in Deutschland erklärte die Internet-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die digitale Spaltung hat in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren dramatisch zugenommen. Die Kluft zwischen denjenigen, die selbstverständlich und kompetent mit PC und Internet umgehen können und denjenigen, die das Internet nicht nutzen, geht weiter auseinander. Vor allem die unteren Einkommensgruppen, schlecht Ausgebildete,

liche Unterstützung angewiesen. Um eine langfristige Sozialhilfeabhängigkeit von Frauen zu vermeiden, ist das Einstiegsgeld ein geeigneter Weg, um die Motivation zu wecken, zumindest wieder einer Teilzeittätigkeit nachzugehen – nach dem Grundsatz: Arbeit lohnt sich wieder.

Vor allem auch im Hinblick auf die Wichtigkeit, beruflich den Anschluss zu halten, um später, wenn die Kinder größer sind, wieder voll arbeiten zu können, stellt das Einstiegsgeld für Frauen einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Schritt dar.

Die Koppelung der familienpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Konzepte der Union sind für Frauen und Männer eine große Chance zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Chance, die viele junge Frauen und Männer wieder dazu bewegen wird, sich für eine Familie zu entscheiden.

Hier zeigen sich die der Union ureigenen Kompetenzen in der Familien-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Frauenministerin Bergmann und Arbeitsminister Riester sind aufgerufen, aus diesen Erfolgen unionsgeführter Länder zu lernen und diese Konzepte endlich bundesweit umzusetzen!

Senioren, Frauen und Bewohner ländlicher Gebiete sind bei der Nutzung des Internet in immer höherem Maße unterrepräsentiert. Aktuelle Studien prognostizieren, dass auch im Jahr 2004 in Deutschland noch 30 Millionen Menschen vom Internet ausgeschlossen bleiben.

Die Entwicklung ist dramatisch und birgt eine enorme soziale Sprengwirkung. In der Informationsgesellschaft entscheiden die Möglichkeit und die persönliche Fähigkeit, die neuen Medien zu nutzen, immer stärker über Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und über persönliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. „Digitale Analphabeten“ bleiben von vornherein von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in weiten Bereichen ausgeschlossen. Die Bundesregierung hat es versäumt, Chancengerechtigkeit im Informationszeitalter herzustellen. In dem Gerümpel von unkoordinierten Programmen, Plänen und Aktionen hat es die Bundesregierung nicht geschafft, die Steigerung der Internetnutzung in allen Alters-, Bildungs- und Einkommenschichten herzustellen. Im Gegenteil: Die falsche Politik der Bundesregierung hat in vielen Bereichen dazu ge-

führt, bestehende Zugangshürden zum Internet weiter zu erhöhen! Die größten Hürden sind fehlende Medienkompetenz und nach wie vor zu hohe Kosten.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- endlich deutschlandweit den Zugang zum Internet auf der Basis einer *flatrate*;
- mehr Wettbewerb im Ortsnetz;
- keine pauschalen Urheberrechtsabgaben, die die Kosten für Hardware weiter erhöhen;
- eine internetgerechte Steuerordnung;
- tragfähige Konzepte für lebenslanges Lernen, Weiterbildung, Umschulung am PC;
- bessere Schulung von Lehrern aller Fachrichtungen zum Umgang mit dem Internet;
- Straffung von IT-Ausbildungsgängen;
- Förderung leicht bedienbarer Software;
- Angebote in allen Alters-, Bildungs- und Einkommenschichten und konkrete Zielsetzungen für die Steigerung der Internetnutzung in der gesamten Bevölkerung.

Die Bundesregierung muss endlich die Spaltung in „User“ und „Loser“ wirkungsvoll bekämpfen und Chancengleichheit im Netz schaffen!

HANSJÜRGEN DOSS:

Lohnnebenkosten steigen

Zu Befürchtungen der EU-Kommission, dass die Defizitquote die Marke von 2,0 % überschreiten werde, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU:

Ein Grund für das steigende gesamtstaatliche Defizit ist der bei den Krankenkassen zur erwartende Fehlbetrag. Damit steht eine massive Erhöhung der Krankenkassenbeiträge bevor.

Dies beweist, dass Rot-Grün es nicht geschafft hat, die wirtschafts- und mittelstandspolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Ganz im Gegenteil: Anstelle der versprochenen Senkung der Lohnnebenkosten auf unter 40 % steht eine massive Erhöhung bevor.

Gerade der beschäftigungsintensive Mittelstand hätte aber dringend eine Senkung der Lohnnebenkosten benötigt. Denn die hohen Lohnnebenkosten sind nicht nur ein Hemmnis für Neueinstellungen, sondern verschlechtern auch die internationalen Wettbewerbsbedingungen kleiner und mittlerer Betriebe.

Bulmahns Dienstrechtsreform wird von den Experten **abgelehnt**

Anlässlich der öffentlichen Anhörung zur Dienstrechtsreform an Hochschulen im Deutschen Bundestag erklärten der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und deren zuständiger Berichterstatter:

Die Dienstrechtsreform wird durch die Bank von den anwesenden Experten in der von Frau Bulmahn vorgelegten Form abgelehnt. Sogar die von der Koalition selbst berufenen Sachverständigen haben erheblichen Nachbesserungsbedarf angemeldet. Dies betrifft vor allem die unzureichenden Regelungen für die Ausgestaltung der künftigen Juniorprofessur, die faktische Abschaffung der Habilitation und nicht zuletzt das von der Bundesregierung vorgeschlagene neue System der Professorenbesoldung.

Die Union sieht sich in ihren zentralen Kritikpunkten durch die Anhörung bestätigt:

- Die Habilitation darf nicht abgeschafft werden
- Die Grundbeträge für die

neuen Besoldungsstufen W2 und W3 sind zu niedrig und nicht geeignet, wirklich qualifizierte wissenschaftliche Nachwuchskräfte für die Hochschule zu gewinnen.

- Das Versorgungsniveau darf nicht dadurch abgesenkt werden, dass nur die Zulagen der letzten fünf Dienstjahre berücksichtigt werden.

- Die Reform ist nicht ausreichend finanziert – sowohl, was die Einführung der Juniorprofessur als auch die Zulagen anbetrifft, die in der vorgesehenen Höhe nicht dem internationalen Wettbewerb gerecht werden.

Wahlkampfversprechen gebrochen

Überhaupt nichts halten wir von der Forderung von Studentenverbänden, im Hochschulrahmengesetz wieder die – für allgemeine politische Agitation missbrauchte – Zwangskörperschaft für Studierende und ein Verbot von Studiengebühren aufzunehmen. Über die Finanzierung der Hoch-

schulen haben ausschließlich die Länder zu entscheiden. Es ist aber schon bemerkenswert, dass Frau Bulmahn an gebrochene Wahlkampfversprechen erinnert und vom enttäuschten Klientel sogar zum Rücktritt aufgefordert wird.

Die Anhörung hat gezeigt, dass es erheblichen Nachbesserungsbedarf an den Gesetzen gibt. Wir fordern die Koalition auf, entsprechende Änderungen in den bevorstehenden Ausschussberatungen vorzulegen, damit die Gesetze von den Betroffenen akzeptiert werden können. Man kann eine solche Reform nicht mit der Brechstange und gegen den Widerstand der deutschen Professorinnen und Professoren und des akademischen Nachwuchses erzwingen. Das Ergebnis wäre, dass immer mehr junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum frühestmöglichen Zeitpunkt ins Ausland abwandern. Das Ziel der Reform, Deutschland auf dem internationalen Hochschulmarkt wettbewerbsfähig zu machen, wäre damit verfehlt.

AUF REKORDHÖHE ist die Zufriedenheit der Amerikaner mit ihrem Präsidenten. 90 Prozent sind der Meinung, dass George W. Bush seine Arbeit sehr gut mache. Der Präsident erreicht mit dem Ergebnis der Gallup-Umfrage, die im Auftrag des Fernsehsenders CNN und der Tageszeitung „USA Today“ gemacht worden ist, das beste Ergebnis, das es seit der ersten Befragung dieser Art im Jahr 1938 gegeben hat.

BIS ZU 100 SCHLÄFER gibt es vermutlich in Deutschland, fanatische Kämpfer, die Ausbildungslager von Osama Bin Laden in Afghanistan durchlaufen haben, unauffällig in der Bundesrepublik leben und jederzeit auf ein Signal zu terroristischen Einsätzen aktiviert werden können. Etwa ein Viertel dieser *sleeper* halte sich in Nordrhein-Westfalen auf, vermutet Landesinnenminister Fritz Behrens.

BUNDESWEIT an der Spitze steht Hessen bei der Förderung der kommunalen Präventionsarbeit. Darauf hat der hessische Justizminister aus Anlass der Überweisung des Landesanteils von fast 180.000 Mark am Stiftungskapital des neu gegründeten „Deutschen Forums für Kriminalprävention“ hin-

gewiesen. Christian Wagner: „Diese Gründung ist eine effektive Ergänzung aller bisherigen Bemühungen um präventive Verbrechensbekämpfung, die in Hessen bereits 1989 davon ausgegangen sind, dass die klassische Trennung von Innen-, Justiz- und Sozialpolitik überwunden werden muss.“

SCHULDNER und schleppe Zahlungseingänge sind die häufigste Ursache für Insolvenzen in Deutschland. Entsprechend ist die Zahl der Zwangsmaßnahmen gestiegen, im ersten Halbjahr um 20 Prozent auf mehr als 671.000 Fälle. Höhe der Konsumentenkredite, die noch nicht zurückbezahlt worden sind: 100 Milliarden Mark. Als verschuldet gelten 2,6 Millionen Deutsche. Höchsten Anteil daran hat mit einem Plus von 54,7 Prozent Mecklenburg-Vorpommern, dicht gefolgt von Baden-Württemberg.

DAS HANDWERK rechnet in diesem Jahr mit einem Stellenabbau von 120.000 Arbeitsplätzen. Damit werde die Beschäftigtenzahl in dieser Branche zum Jahresende bei 5,5 Millionen liegen, sagte Dieter Philipp voraus, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). In nur

sieben Jahren wären damit rund eine Million Arbeitsplätze im Handwerk verloren gegangen.

KONTINUIERLICH geht in Deutschland die Beschäftigung zurück. 38,7 Millionen Beschäftigte gab es im Juni laut Statistischem Bundesamt, 16.000 weniger als im Vorjahresmonat. Ursache: die Wirtschaftsflaute.

UNBEFRIEDIGEND ist nach allem, was man hört, der Umgang vieler deutscher Unternehmen mit E-Mail-Anfragen ihrer Kunden. Allein die Stichprobe, die die Unternehmensberatung Mummert + Partner gemacht hat, ergab: Von 104 Versicherern hat knapp nur die Hälfte auf fachliche Fragen per E-Mail geantwortet. Auch die Energiedienstleister antworteten nur auf jede zweite Mail.

AUF EIGENINITIATIVE haben über zwei Drittel aller studienberechtigten Schulabgänger ihre Computerkenntnisse erworben. Das ergibt eine Umfrage der Hochschul-Informations-System GmbH in Hannover. Nur ein Drittel der 14.000 befragten Schüler haben den Umgang mit dem Computer in der Schule gelernt.

Wir brauchen ein **Gesamtkonzept** in der Bio- und Gentechnologie

Zum Abschluss des Wissenschaftssommers im Rahmen des Jahres der Lebenswissenschaften erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gentechnik des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation, Katherina Reiche:

Seit dem spürbaren Aufschwung der Biotechnologie in Deutschland in den 90er Jahren, der vor allen Dingen auf die Politik der früheren CDU-geführten Bundesregierung zurückzuführen ist, hat sich die Distanz zu den führenden Bio-Tech-Nationen, USA und Großbritannien, zunehmend verringert. Die Dynamik muss jetzt sowohl in der Grundlagenforschung als auch in der Umsetzung der Ergebnisse weiter getragen werden.

Die Bio-Politik der rot-grünen Bundesregierung ist dazu nicht ausreichend. Sie hat deutliche Schwächen und ist inkonsistent. Ausbremsung der grünen Gentechnik und Fokussierung der Diskussion in der roten Gentechnik auf ethisch problematische Felder passen nicht zusammen. Wichtige

Querschnitts- und Schlüsselfelder, wie die Bioinformatik, kommen zu kurz. In der Forschungsförderung fehlt die Planungssicherheit, sie stützt sich bisher zu sehr auf eher zufällige Windfall-Gewinne, wie die UMTS-Mittel. Nach deren Auslaufen droht 2003 ein Einbruch bei den Fördermitteln. Auch gibt es kein wirtschaftliches Rahmenkonzept, das den seit Mitte der 90er Jahre in einer hohen Zahl gegründeten Biotechnologie-Unternehmen eine stetige und gesunde Entwicklung ermöglicht. Achillesferse des Bio- und Gentechniksektors in Deutschland ist der Fachkräftemangel. Es gibt nur punktuelle Maßnahmen der Nachwuchsförderung, aber kein abgestimmtes nationales Konzept.

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation der CDU fordert:

■ Planungssicherheit in der Forschungsförderung im Bereich der Gen- und Biotechnologie zu schaffen.

Der Mittelfluss muss verstetigt werden mit verlässlichen Steigerungsraten.

■ die Forschungsförderung auf Zukunftsfelder vor allem im Grundlagenbereich, wie etwa die Funktionsanalyse der entschlüsselten Genome, die Proteomforschung und die Technologieentwicklung für die Genom- und Proteomforschung auszurichten.

■ Kompetenzzentren und Cluster auf- und auszubauen. Die verstärkte Netzwerkbildung zwischen Wirtschaft, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen muss verstärkt werden, wobei insbesondere die Voraussetzungen für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Biologen, Medizinern, Chemikern, Physikern, Informatikern und Ingenieuren zu schaffen ist.

■ ein Strategiekonzept zur Bioinformatik zu entwickeln. Neue, aufbauende und ergänzende Studiengänge an Hochschulen müssen etabliert werden. In Deutschland ist der Bedarf an Bioinformatikern rapide gewachsen. Bereits jetzt

werden jährlich rund 800 bis 1.000 zusätzliche Bioinformatiker benötigt.

■ verstärkt privates Kapital für die Biotechnologieforschung und -anwendung zu mobilisieren. Nur Nationen, denen die Mobilisierung von privatem Kapital gelingt, werden biotechnologisch mit in der Spitzengruppe sein können. Deutschland braucht vor allen Dingen finanziell gesunde Biotech-Unternehmen, denn über sie läuft der Technologie- und Know-how-Transfer. Sie brauchen in der Gründungsphase und darüber hinaus einen kontinuierlichen Kapitalfluss, günstige steuerliche Rahmenbedingungen und unbürokratische Regelungen. Gefordert sind vor allem ein mittelstandsfreundlicher Steuertarif und die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Mitarbeiteroptionen (Stock-Options)

■ den Nachwuchskrätemangel in der Biotechnologie zu beseitigen. Engpässe gibt es nicht nur bei Wissenschaftlern und Akademikern, sondern auch bei Laboranten und Technikern. Deutschland braucht vor allen Dingen eine Verstärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Schulen, eine Verbesserung der Studienbedingungen in

den Naturwissenschaften, eine Reform der Fachschulbildung, die intensive Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und schließlich klare Regelungen für die Gewinnung von ausländischen Spezialisten.



■ genauso wie die Gen- und Biotechnologie in Medizin und Pharmazie auch die so genannte grüne Biotechnologie stärker zu fördern und ein Zehn-Jahres-Zukunftsprogramm für die Entwicklung der biotechnischen Potenziale in Ernährung, natürlicher Rohstoffversorgung, Energieeinsparung und Umweltentlastung aufzulegen. Die grüne Gentechnik wird in Deutschland durch die rot-grüne Bundesregierung ideologisch behindert. Die Forschungsmittel für die Fortentwicklung grüner Gentechnik sind nahezu eingefroren. Deutschland verliert als Standort seine bisherige Zugkraft und droht bei dieser Zukunftstechnologie abgehängt zu werden.

Seitens des Staates sollte zur grünen Gentechnik ein offener Dialog mit der Bevölkerung in breiter Zusammenarbeit von Wissenschaft, Unternehmen, Umwelt- und Verbraucherverbänden organisieren werden. Zudem müssen die EU-Freisetzungsrichtlinie zügig in nationales Recht umgesetzt, das De-facto-Moratorium hinsichtlich der Zulassung des Inverkehrbringens von gentechnisch veränderten Organismen in Europa und Deutschland schnellstmöglich überwunden und die Kennzeichnungsregelungen in der EU und in Deutschland im Interesse der bestmöglichen Information der Verbraucher klar und praktikabel weiterentwickelt werden.

■ Rechtssicherheit bei der Verwertung biotechnologischer Erfindungen zu schaffen. Das heißt zunächst die EU-Biopatentrichtlinie in deutsches Recht umzusetzen. Um Nachteile für die europäischen Forscher, resultierend aus der unterschiedlichen Handhabung des gewerblichen Rechtsschutzes in den USA und Europa, zu vermeiden, gilt es, das Patentrecht international innovationsfördernd sowie ethisch und sozialvertraglich weiterzuentwickeln.

„BÜRGER MACHEN STAAT“

Spannendes **Finish** um CDU-Bürgerpreis

Die ersten Landessieger beim CDU-Bürgerpreis stehen fest: Rheinland-Pfalz und Bremen haben bereits gewählt – wir haben die Preisträger in der Ausgabe 27/2001 des UiD vorgestellt. Nur noch bis zum 30. September haben die Landesverbände Zeit für die Kür der Landesieger beim CDU-Bürgerpreis, aus denen schließlich die Bundessieger gewählt werden.

Man darf gespannt sein, aber schon jetzt ist klar: Die Jury, die über die Bundessieger in den einzelnen Ka-

tegorien entscheidet, wird keine leichte Wahl haben. Geleitet von der Parteivorsitzenden Angela Merkel, werden unter anderem der Leiter des UNO-Umweltprogramms, Klaus Töpfer, die Verlegerin Friede Springer, der TV-Moderator Johannes B. Kerner und „Cap Anamur“-Gründer Rupert Neudeck zur Wahl der Bundessieger zusammenkommen.

Nochmals zur Erinnerung: Gewählt wird in den Kategorien „Vor Ort“ für lokale Initiativen, „Im Netzwerk“ für die Macher und

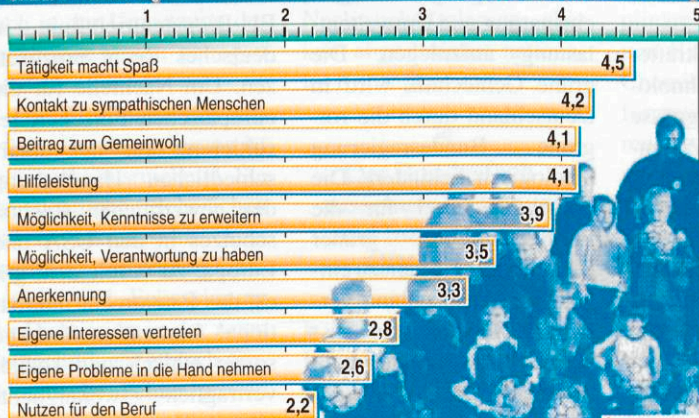
Förderer von Infrastrukturen für freiwilliges Engagement und „International“ für grenzüberschreitende Projekte in Sachen Partnerschaft, Umwelt und Entwicklung, Menschenrechte und Flüchtlinge. Außerdem gibt es einen Sonderpreis namens „CDU-E-Community-Preis“ für neue Formen der Bürgerbeteiligung und Politikvermittlung im Internet.

Interesse wecken

Alle Landessieger werden im UiD und auf der speziellen „Bürger-machen-Staat“-Seite der CDU-Homepage vorgestellt, um das Interesse an dem Bürgerpreis auf alle Ebenen der CDU zu wecken.

Warum sich die Deutschen ehrenamtlich engagieren

Skala: 1 = unwichtig 5 = außerordentlich wichtig



Quelle: DIV

110 0901

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt. In Deutschland ist jeder dritte Bürger ehrenamtlich engagiert, 27 Prozent sind interessiert. Insgesamt sind 22 Millionen Deutsche in 35 Millionen ehrenamtlichen Jobs tätig – jeder Einzelne fünf Stunden pro Woche.

ARMIN LASCHET MdEP:

Spitzenkräfte für den Senior Experten **Service** gewinnen

Zum Beschluss des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU zum Thema „Senior Experten Service“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses:

Im multinationalen Rahmen, insbesondere der UNO, sowie in zahlreichen Ländern der Welt besteht der Bedarf nach Beratung durch qualifizierte Fachkräfte. Der Mangel an Know-how ist zu einem echten Entwicklungshindernis geworden. In Deutschland gibt es andererseits, insbesondere in Kreisen der aus dem aktiven Arbeitsleben Ausgeschiedenen, eine große Bereitschaft, Fachwissen ehrenamtlich für entwicklungspolitische Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

In zahlreichen Bereichen erfüllen bereits Seniorinnen und Senioren des in Bonn angesiedelten SES (Senior Experten Service) erfolgreich solche Aufgaben. Er hat seit seiner Gründung im Jahr 1983 über 9.000 Einsätze in 139 Ländern durchgeführt; allein im vergangenen Jahr über 1.000 Einsätze in über 80 Ländern.



Dabei stehen dem SES über 5.200 qualifizierte Senior Experten zur Verfügung. Doch der SES könnte angesichts des immensen Beratungsbedarfs in den Entwicklungs- und Schwellenländern noch viel intensiver genutzt werden.

Deshalb fordert die CDU:

■ Um Fachkräfte, insbesondere Spitzenkräfte, für den SES zu gewinnen, bedarf es eines noch aktiveren Engagements

der Wirtschaftsführer und der Politik.

■ Die Bundesregierung sollte sich bei Bedarf in den Kontakt des SES mit multilateralen Entwicklungsgebern einschalten, um deren Bereitschaft zur Nutzung deutscher Senior Experten zu wecken oder zu erhöhen.

■ Die deutsche Wirtschaft als Träger des SES sollte bei ihren internationalen Kontakten auf die beim SES verfügbaren Beratungskapazitäten hinweisen.

■ Die Durchführung der ehrenamtlichen Einsätze sollte selbstständig durch den SES nach dessen bewährten Grundsätzen und Verfahren abgewickelt werden.

■ Nötig ist eine höhere finanzielle Unterstützung des Senior Experten Service durch die deutsche Wirtschaft und die Bundesregierung.

UNTRAGBAR hat Armin Laschet den sozialistischen EU-Kommissar Nielson genannt, der mit einem Kommentar zu den Terroranschlägen in New York und Washington den USA den Vorwurf macht, an dem barbarischen Akt nicht unschuldig zu sein. Laschet: „Nielson hat sich mit seiner Äußerung vom *prahlerischen Normen-Imperialismus* diskreditiert. Prodi muss ihn sofort entlassen.“

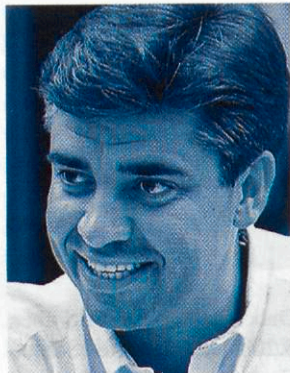
Mehr **Sicherheit** in Berlin nur mit einer starken CDU

Bei dem menschenverachtenden Terroranschlag am 11. September ist vor allem eins deutlich geworden: Auch im 21. Jahrhundert ist unsere Sicherheit gefährdet. Sicher ganz anders, als die meisten von uns je vermutet hätten, und zudem in einer neuen Dimension. Die Vorstellung, der freie Westen brauche sich vor Aggression und kriegerischen Handlungen nicht zu fürchten, ist buchstäblich mit den einbrechenden Türmen des World Trade Centers im Schutt begraben worden.

Es wird klar, wir brauchen eine neue Sicherheitsstrategie, die die Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Wir werden umdenken müssen, wenn wir uns schützen wollen vor derart schamlosen und menschenverachtenden Verbrechen.

Sicherheitsbündnis vorgeschlagen

In Berlin erhält die Polizei auf die Schnelle 13 Millionen DM. Doch das gleicht noch nicht einmal die zuvor im



Nachtragshaushalt gestrichenen Mittel aus. Auf einmal soll es so aussehen, als ob die Fragen der Sicherheit nie Zankapfel der deutschen Innenpolitik gewesen wären. Schnell wird übersehen, dass jetzt Forderungen auf den Tisch kommen, für die die CDU jahrelang gescholten und verurteilt wurde. Die CDU hat deshalb ein Sicherheitsbündnis für Berlin vorgeschlagen und ein konkretes 21-Punkte-Maßnahmenpaket vorgestellt.

Mit Wahlkampf darf das alles nichts zu tun haben, sagt die SPD, und will damit vergessen machen, mit welcher Naivität ihre möglichen Bündnispartner Grüne und PDS sowie Teile der eigenen Partei in der Weltgeschichte

umherirren. Es geht heute nicht darum, alte Streitpunkte der großen Koalition nachzuarbeiten: Etwa dass die CDU die Polizei besser ausstatten wollte und die SPD nicht, oder dass die CDU Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten wollte und die SPD nicht.

Ablehnung vor allem bei der PDS

Es geht um mehr, nämlich darum, ob die Linksparteien mit ihren tiefsitzenden Vorbehalten gegen die Sicherheitsorgane des Staates in der Lage sind, das Richtige zu tun und durchzuhalten. Die PDS hat ein ablehnendes Verhältnis zu allen Sicherheitsbehörden. Da soll die NATO aufgelöst, die Polizei in Ausstattung und Befugnis beschränkt, der Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz abgebaut werden, und in den Äußerungen zu den Geheimdiensten kommt das ganze Misstrauen gegen unseren Staat und seine Organe zum Ausdruck: „Geheim-

STELLENAUSSCHREIBUNG

dienste bewegen sich stets am Rande oder außerhalb der Legalität, schüren Misstrauen und verbrauchen enorme Steuermittel. Geheimdienste sind nicht demokratisierbar. Wir fordern ihre Abschaffung." (PDS-Bundestagswahlprogramm 1998). Kaum besser ist es bei den Grünen. Auch sie offenbaren ein erschreckendes Missverständnis unseres Staates und seiner Sicherheitsorgane. Zur SPD selbst müsste man am besten schweigen. Denn im ohnehin schon spärlichen zehnten umfassenden Berliner Wahlprogramm findet sich innere Sicherheit mit keinem einzigen Wort.

Heute zeigt sich, dass wir als Union die richtigen Debatten angestoßen haben, wenn wir die Unterfinanzierung der Bundeswehr kritisiert haben, uns vor Verfassungsschutz und Geheimdienste gestellt, mehr Videoüberwachung sowie eine bessere sachliche und personelle Ausstattung von Polizei, Justiz und Feuerwehr gefordert haben.

Politik aus Überzeugung

Insofern hat dieser 11. September durchaus etwas mit dem Wahltag am 21. Oktober zu tun. Die CDU steht

Die Junge Union sucht schnellstmöglich für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin eine/einen

Pressesprecher/in

Aufgaben: ■ Vertretung der Jungen Union Deutschlands gegenüber Vertretern der Medien in Abstimmung mit der Bundesvorsitzenden und den ehrenamtlichen Bundesvorstandsmitgliedern ■ Erstellen und Verbreitung von Pressemitteilungen und Artikeln,

Kontaktpflege mit den Vertretern der Medien, organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Pressekonferenzen ■ Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit ■ Mitarbeit bei der Erarbeitung von Kampagnen und Gestaltung von Werbemitteln ■ Betreuung der Mitgliederzeitschrift „Die Entscheidung“ als „Chef vom Dienst“.

Anforderungen: ■ journalistische Erfahrungen (nach Möglichkeit abgeschlossenes Volontariat) ■ abgeschlossenes Hochschul/Fachhochschulstudium bevorzugt ■ Mitgliedschaft in der Jungen Union ■ sicherer Umgang mit PC (Win, Word, Excel, Internet, E-Mail) ■ Höchstalter 35 Jahre.

Vergütung: In Anlehnung an BAT. Schriftliche Bewerbungen mit allen üblichen Unterlagen sind bis zum 30. September 2001 an die

Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union z. Hd. Bundesgeschäftsführer Michael Hahn Inselstr. 1 b, 10179 Berlin-Mitte
zu richten.



für diesen Staat und für die freiheitlich demokratische Grundordnung. CDU-Politik basiert auf realistischen Einschätzungen, weit ab von heilversprechenden Ideologien und tragischen

Utopien. Wir engagieren uns nicht für Sicherheit aufgrund eines gerade entstandenen öffentlichen Drucks, sondern weil wir zutiefst von der Richtigkeit unserer Politik überzeugt sind. **UD**



Gegenschlag

In New York hat das Böse zugeschlagen. Es war ein entsetzlicher Akt der Vernichtung unschuldigen Lebens. Dabei sollten wir nicht übersehen, dass alle eingesetzten Mittel dem Zeughaus der Geschichte entstammten. Ungleich verheerendere Waffen sind längst entwickelt, Waffen der atomaren, chemischen und bakteriologischen Kriegsführung. Und auch auf sie wird das Böse eines Tages Zugriff haben (so weit es nicht schon Zugriff hat). Um so wichtiger der Gegenschlag. Es geht im Kern nicht um Bestrafung, Rache oder Vergeltung. Es geht um die Existenz unserer Zivilisation in ihrer bisherigen Form. Es wird keine leichte Aufgabe sein. Es wird neue Opfer kosten, und es wird keinen Ersatz für den Sieg geben. Boykott, Isolierung oder moralische UN-Verurteilungen werden herzlich wenig anrichten. Der Feind agiert im Dunkeln und wird von vielen Regimen unterstützt.

Dennoch werden Amerika und seine Verbündeten diesen Kampf gewinnen.

Bild-Zeitung

Verständnis

Die Daten des jüngsten Politbarometers, erhoben nach den Terroranschlägen des 11. September, spiegeln zum einen die große Sorge vor Gewaltakten in Deutschland und die noch stärkere Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Antworten zeigen aber auch, dass es ein weit verbreitetes Verständnis für mögliche Gegenschläge der USA gibt, dem sich lediglich Anhänger der Grünen und der PDS nicht anschließen. Dabei sind die Bedenken gegen eine amerikanische Intervention bei den Grünen weitaus stärker als bei der PDS.

Der Tagesspiegel

Fische im Wasser der Toleranz

Das Böse sei in der Welt, haben Russlands Präsident

Putin und der britische Premierminister gleichermaßen gesagt, und dem könne man, mag zu folgern sein, im Zweifelsfall nur mit bösen, also Verhältnismäßigkeit und Recht außer Kraft setzenden Mitteln begegnen. Den friedens- und wohlstandsverwöhnten Gesellschaften des Westens fehle also das zum Leben notwendige Maß an scharfem Freund-Feind-Denken und an Bereitschaft, der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung den Vorrang vor dem zerbrechlichen, aber doch widerstandsfähigen Wunderwerk der Menschenrechte zu geben. Der Ruf nach solcher Neujustierung der westlich-demokratischen Ordnungen wird lauter werden. Wer ihn tut, läuft Gefahr, in die Falle des Terrorismus zu laufen: Dem heiligen Krieg des Bösen setzt er den heiligen Krieg des Guten entgegen, der von Fundamentalismus nicht frei wäre. Wer aber immer schon der Meinung war, die offene Gesellschaft habe angesichts der Übermacht einer langen auto-

Gründungsjahr 1920

ritären Staatsradition vermutlich keine große Überlebenschance, sieht so gleich die Freiheit bedroht, wenn der bedrohte Rechtsstaat zur Selbstverteidigung bereit ist und dabei auch andere Mittel als dialogische verwendet. Verliebt in die Erinnerung an die schönen Tage der Windstille, welche die Blockkonfrontation bescherte, wollen die Freunde eines menschenfreundlichen Linksliberalismus nicht wahrhaben, dass Situationen denkbar und wahrscheinlich sind, in denen Demokratien gezwungen sein können, die Grenze des Zulässigen für einen Moment zu überschreiten. Sie wollen nicht wahrhaben, dass der gute Satz, nie dürfe die Freiheit mit Mitteln jenseits des Rechtsstaats verteidigt werden, zuzeiten einen schalen Beiklang haben kann. Im Namen ihrer Zivilreligion nehmen sie die Bedrohung der offenen Gesellschaft durch deren Feinde nicht ernst genug und werden im äußersten Fall zur fünften Kolonne

der Attentäter, die sich wie Fische im Wasser der Toleranz bewegen können.

Frankfurter Allgemeine

Haben wir nicht hingeschaut?

Neben allen Angehörigen, die ihre Opfer betrauern, den Augenzeugen, denen die Angriffe auf New York und Washington nicht aus dem Kopf gehen, gibt es eine dritte, kleine Gruppe Menschen, die über das Geschehen nicht hinwegkommen. Es sind Professoren in Hamburg, die den späteren Attentätern zur Seite standen, als diese ihre Facharbeiten verfassten. Es sind Hausbesitzer in Florida, die ihnen Wohnungen vermieteten oder sie sogar bei sich zu Hause aufnahmen. Es sind Fluglehrer, die ihre Schüler nach bestem Wissen ausgebildet haben. Es sind Angestellte von Fluglinien, die die Terroristen abfertigten, ihnen die Tickets ausstellten und sie auf Waffen untersuchten. Diese Menschen haben eine konkrete Frage im Kopf, und niemand kann ihnen Antwort geben:

Hätte ich, hätten wir das verhindern können? Haben wir nicht hingeschaut? Die Welt

Menschenverachtung

Der Terroranschlag gegen die USA legt merkwürdige Bündnisse offen: Deutsche Rechtsextremisten und radikale Moslems stehen auf einer Seite, wenn es darum geht, Anti-Amerikanismus zu propagieren. Auch bei manchem Ultra-Linken macht sich klammheimliche Freundschaft darüber breit, dass es bei dem Anschlag die letzte verbliebene Supermacht erwischt hat. In Stralsund zünden Rechtsextreme eine amerikanische Flagge an. In Sachsen können sogar manche Lehrer ein gewisses Verständnis für die Anschläge nicht verhehlen. Es ist schon ziemlich geschmacklos, wenn jetzt darüber diskutiert wird, ob die Opfer des Terroranschlags vielleicht selbst Schuld an ihrem Unglück sind. Diese Haltung entlarvt sich in ihrer Menschenverachtung selbst.

Sächsische Zeitung

Ballongas Helium

Bestellschein

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Klingelhöferstrasse 8**

10785 Berlin

Tel.: 030/ 220 70- 381

Fax: 030/ 220 70- 389

Service:

Miete:

die ersten 30 Tage mietfrei, danach fallen pro angefangenen Monat 50,00 DM netto Mietkosten pro Flasche an.

Pfand:

keine Pfandhinterlegung

Lieferzeit:

Innerhalb von 24 Stunden bei Auftragserteilung bis 10.00 Uhr

Rückgabe:

angebrochene Flaschen werden voll berechnet. Bei vollen Flaschen wird eine Bearbeitungsgebühr von 20% erhoben. Volle Flaschen unbedingt Kennzeichnen !

Absender / KV-Nr.

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

.....
CDU-Verband

.....
Ansprechpartner

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Tel.-Nr.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

.....
CDU-Verband

.....
Ansprechpartner

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Bestellung

• **Ballongas-Helium**

Preis je Flasche **N10** 190,00 DM / 97,15 €

.....Flaschen

N20 250,00 DM / 127,82 €

.....Flaschen

N30 300,00 DM / 153,39 €

.....Flaschen

Alle Preise sind zzgl. 16% MwSt
Nebenkosten wie Anlieferung und Abholung
sind bereits im Preis enthalten.

Zahlung innerhalb von 3 Wochen



N 10
Heliumflasche
2,7 cbm
Ca. 180 Ballons

N 20
Heliumflasche
5,5 cbm
Ca. 360 Ballons

N 30
Heliumflasche
8,2 cbm
Ca. 540 Ballons

.....
Datum

.....
Unterschrift

So geht Ihnen nicht die Puste aus!

Neu im Angebot der CDU: Ballongas Helium

- Ab sofort können Sie mit dem Bestellschein auf der Seite 22 Helium Ballongas für Ihre Aktionen, Veranstaltungen und Canvassingstände ordern.
- Bei den Heliumflaschen handelt sich um sog. Leichtgewichtszylinder mit einem Gewicht von 12 kg bis 49 kg.
- Die Flaschen sind bereits mit einem Ventil ausgestattet und verfügen über eine eingebaute Inhaltsanzeige.
- Auf der jeweiligen Helium-Flasche befindet sich eine ausführliche Bedienungsanleitung.
- Die Lieferung des Heliums erfolgt zu folgenden Konditionen:

- **Flaschengröße N10**
190,00 DM / 97,15 Euro (netto)
- **Flaschengröße N20**
250,00 DM / 127,82 Euro (netto)
- **Flaschengröße N30**
300,00 DM / 153,39 Euro (netto)



In diesem Preis sind die Kosten für die Anlieferung und für die Abholung bereits eingerechnet. Die Berechnung erfolgt durch den Lieferanten.

- Service:**
- Miete:** Die ersten 30 Tage mietfrei, danach fallen pro angefangenen Monat 50,00 DM/25,56 Euro netto Mietkosten pro Flasche an.
 - Pfand:** keine Pfandhinterlegung
 - Lieferzeit:** Innerhalb von 24 Stunden bei Auftragserteilung bis 10.00 Uhr
 - Rückgabe:** Angebrochene Flaschen werden voll berechnet. Bei vollen Flaschen wird eine Bearbeitungsgebühr von 20% erhoben.
Volle Flaschen vor Rückgabe unbedingt kennzeichnen!

Weitere Kosten fallen somit nicht an.

2600-5-42720AKV

155/ 44
G 8457

Unica Betriebs GmbH
Postfach 1180
53345 Rheinbach

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin



Poster-Plakat „Ludwig Erhardt“ Neue Soziale Marktwirtschaft

DIN A1: Bestell-Nr.: **7755**

25 Expl.: 17,00 DM
(8,69 EURO)

DIN A0: Bestell-Nr.: **7756**

25 Expl.: 38,00 DM
(19,43 EURO)

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Telefax 02524/911310

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen